

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

**S.** e. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Dezember v. J. den Vize-Kanzler bei dem fürstbischöflichen Ordinariate in Trient, Bartholomä Zanzotti, und den k. k. Hof-Kaplan und Spiritual-Direktor im höheren Weltpriester-Bildungsinstitute zum h. Augustin in Wien, Johann Baptist Zwergler, zu Domherren des Kathedralcapitels in Trient allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit dem Handelsministerium die Errichtung einer Gemeinde-Sparkasse in Larnopol bewilliget und die Statuten derselben genehmigt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Thronrede Napoleons.

Laibach, 14. Jänner.

Er hat gesprochen, aber wenig gesagt. Man hat den Kaiser der Franzosen stets als den verschlossenen Charakter bezeichnet, und er hat sich als solcher bewährt. Man muß also auch die in der vorliegenden Thronrede gemachten scheinbaren Enthüllungen mit Vorsicht aufnehmen. Es ist sehr bemerkenswerth, daß der Kaiser Napoleon sich gegen die Meinung zu vertheidigen sucht, daß er eine geheimnißvolle Politik betreibe. Man möchte fast sagen, er suche sich in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren. Europa wird von der Erklärung Akt nehmen, daß das Tuilerien-Kabinet nur in den Grenzen des Rechtes und der Verträge auswärtige Politik mache, es wird keine zweifelvollen Rückblicke auf die Vergangenheit machen, sondern dieses Wort als ein Versprechen für die Zukunft entgegennehmen.

Man wußte, daß die Thronrede keine kriegerische sein werde, aber man erwartete weitere Andeutungen über den Gang der französischen Politik. In der That hat die Rede, womit der Kaiser der Franzosen die Kammern eröffnete, so weit wir dieselbe kennen, nur eine eizige Phrase, womit sie den Frieden betont. Der griechische Zwist wird den Frieden nicht stören; der Friede erscheint da als Etwas, das sich von selbst versteht, und das ist eigentlich dasjenige, was das meiste Interesse für den Nichtfranzosen hat. Sonst herrscht in dieser Ansprache ein Ton des Selbstgefähls, der sogar stolz zu nennen ist und der auf die Franzosen seine Wirkung nicht verfehlt. Im Ganzen hat jedoch diese Rede nicht so viele glänzende Pointen, sprüht nicht so viele leuchtende Raketen, als andere frühere Thronreden desselben Fürsten. Der Schluß aber ist ein Hauptschlag gegen jede prinzipielle Opposition; er zeigt, daß Frankreich noch immer weit abliege von einer konstitutionellen Regierungsform; der Wink vom Throne herab, wie die Wahlen sein sollen, ist auf eine Wirkung in mehr als einer Richtung berechnet und wird sie auch nicht verfehlen.

Die Thronrede lautet nach der telegraphischen Mittheilung wie folgt:

„Meine Herren Senatoren! meine Herren Deputirte!

Der gesetzgebende Körper beginnt seine letzte Session. Den durch die Konstitution festgesetzten Termin abzukürzen, wäre in meinen Augen ein Akt der Undankbarkeit gegen das Land. Es ist nicht mehr die Zeit, wo man es für nothwendig hielt, die Gelegenheit eines glücklichen Zwischenfalles zu ergreifen, um sich der Stimme einer beschränkten Anzahl von Wählern zu versichern. Heute, wo Alles stimmt, ist in den Massen nicht mehr die Beweglichkeit von ebe-

dem, und die Ueberzeugungen wechseln nicht bei dem mindesten Hauch, welcher die politische Atmosphäre zu bewegen scheint. Da wir uns zum letzten Mal vereinigt finden, ist es nicht unnütz, unsere Blicke auf das zurückzuwerfen, was wir zusammen seit fünf Jahren gethan haben, denn nur dann, wenn man eine Periode von einiger Dauer zusammenfaßt, vermag man später den Geist zu würdigen, welcher die Leitung der Angelegenheiten bestimmt hat (qui a presidé à la direction des affaires). Man gefällt sich gewöhnlich in den Thaten der Souveräne geheime Gründe und geheimnißvolle Kombinationen zu suchen, und doch war meine Politik eine sehr einfache, nämlich die Wohlfahrt Frankreichs und seinen moralischen Aufschwung (ascendant moral) ohne Mißbrauch, so wie ohne Schwächung der in meine Hände gelegten Gewalt zu erhöhen. Nach Außen war meine Politik innerhalb der Grenze des Rechtes und der Verträge die legitimen Ansprüche der Völker auf eine bessere Zukunft zu begünstigen, unsere Handelsbeziehungen zu den Ländern zu entwickeln, was uns einer größeren Gemeinsamkeit der Interessen näher bringen soll; aus den Mappen der Diplomatie die alten Streitfragen verschwinden zu machen, um die Vorwände zu Mißbilligkeiten zu beseitigen und endlich läßt die Genugthuung für jede unserer Thaten zugesetzte Beleidigung und unseren Nationalen verursachte Nachtheil anzustreben. Sehen Sie nun, auf welche Weise es nach den Umständen mir vergönnt war, diese Prinzipien in Anwendung zu bringen.

Im Orient konnten die nationalen Wünsche der Donau-Provinzen, nur ein einziges Volk zu bilden, uns nicht unempfindlich lassen und unser Beistand hat beigetragen, ihre Vereinigung zu befestigen. Wir haben das Begründete unterstützt, was in den Beschwörungen Serris, Montenegro's und der syrischen Christen vorhanden war, ohne die Rechte der osmanischen Pforte zu verkennen. Unsere Waffen haben die Unabhängigkeit Italiens vertheidigt, ohne mit der Revolution zu paktiren, ohne über das Schlachtfeld hinaus die guten Beziehungen mit unseren Gegnern von einm (d'un jour) zu alteriren, ohne den heiligen Vater zu verlassen (abandonner), welchen unsere Ehre und unsere früheren Verbindlichkeiten (engagement passés) zu stützen verpflichteten. Wir haben die Zwistigkeiten unterdrückt, zu denen mit Spanien, sei es die Nichtberichtigung der Grenzen, sei es die alte Schuld von 1823, und mit der Schweiz die Differenz wegen des Dappenthal's hätten Anlaß geben können. Handelsverträge mit England, Belgien, Preußen, Italien und der Schweiz sind abgeschlossen worden oder am Vorabend ihres Abschlusses. Endlich beweisen Expeditionen nach China, Cochinchina und Mexiko, daß es keine auch noch so entfernte Gegend gebe, wo ein gegen die Ehre Frankreichs gerichteter Angriff ungestraft bleibt. Dergleichen Thatfachen konnten sich nicht ereignen, ohne Verwicklungen herbeizuführen. Die Pflicht schreitet stets inmitten aller Klippen hindurch. Nichtsdestoweniger hat Frankreich sich um zwei Provinzen vergrößert, die Schranken, welche uns von unseren Nachbarn trennen, sind gefallen, ein weites Feld hat sich unserer Thätigkeit im äußersten Osten eröffnet, und was besser ist als die Eroberungen, wir haben Ansprüche auf die Sympathien der Völker erworben, ohne das Vertrauen und die Achtung der Regierungen zu verlieren. Während der eben abgelaufenen Jahre war es mir vergönnt, mit der Mehrzahl der Souveräne zusammenzukommen und aus diesen Zusammenkünften sind freundschaftliche Beziehungen erwachsen, welche eben so viele Pfänder für den Frieden Europa's sind. Dieser Friede dürfte durch die Ereignisse, welche soeben in Griechenland stattfanden, nicht gestört werden. Dieses künftige Exposé des Vergangenen haftet Ihnen für die Zukunft und ungeachtet des Druckes widriger

Ereignisse und entgegengesetzter Meinungen werden Sie, wie ich hoffe, erkennen, daß ich immer mit Festigkeit derselben Richtung in meiner Haltung gefolgt bin.

Was spezieller die innere Situation betrifft, wollte ich einerseits durch eine vollständige Amnestie, soviel es an mir lag, die Erinnerung an unsere bürgerlichen Zwistigkeiten verwischen und andererseits die Wichtigkeit der großen Staatskörper erhöhen. Ich habe Sie berufen, einen direktern Antheil an dem Gange der Geschäfte zu nehmen, ich habe Ihre Beratungen mit allen Garantien, welche die Freiheit der Diskussion in Anspruch nehmen konnte, umgeben. Ich habe auf ein bis dahin für unerläßlich erachtetes Vorrecht verzichtet, um dem gesetzgebenden Körper zu gestatten, die Ausgaben in unbeschränkter Weise zu kontrolliren und um den Grundlagen, auf welchen der öffentliche Kredit beruht, eine größere Festigkeit zu geben. Endlich um unseren Finanzen eine Erleichterung zu verschaffen, ist sowohl die Land- als Seemacht auf beschränktere Verhältnisse zurückgeführt worden.

Die schwebende Schuld konnte vermindert werden und durch den Erfolg der Konversion der Rente war ein großer Schritt zur Aufrückung der Staats-Schuld gethan. Die indirekten Einnahmen vermehren sich unaufhörlich vermöge der einfachen Thatfache der Zunahme des Wohlstandes und die Lage des Kaiserreiches wäre eine blühende, wenn nicht der amerikanische Krieg gekommen wäre, um eine der reichsten Quellen unserer Industrie versiegen zu machen. Die gezwungene Stockung der Arbeit hat an mehreren Punkten ein unserer Sorgfalt würdiges Elend erzeugt und es wird von Ihnen ein Kredit gefordert werden, um Jenen Hilfe zu bringen, welche mit Ergebung die Wirkung eines Unglücks tragen, das aufhören zu lassen nicht von uns abhängt.

Indessen habe ich doch versucht, jenseits des atlantischen Meeres Rathschläge gelangen zu lassen, welche durch aufrichtige Sympathie eingestößt sind; allein nachdem die großen Seemächte glaubten, sich mir noch nicht beigefallen zu sollen, mußte ich den Antrag einer Vermittlung, welche zum Zwecke hatte, das Blutvergießen aufzubalten und der Erschöpfung eines Landes, dessen Zukunft uns nicht gleichgültig sein kann, vorzubeugen, auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben.

Ich werde mit Ihnen nicht in die Details mehrerer administrativer Verbesserungen eingehen, als da sind die Schöpfung einer Armee-Reserve, die Umgestaltung der Flotte, die für die armen Klassen günstigen Einrichtungen, die großen öffentlichen Arbeiten, die Aufmunterungen für den Ackerbau, die Wissenschaften und Künste, die Erhaltung der Wohlfahrt der Kolonien ungeachtet der Unterdrückung der Auswanderung der Schwarzen, die Befestigung unserer Besitzungen in Afrika durch unser Fürsorge, die Zunehmung des arabischen Volkes immer mehr zu gewinnen und unsere Kolonisten zu beschützen.

Dies Exposé über die Lage des Kaiserthums wird Ihnen jede dieser Maßnahmen näher erklären. Sie werden noch den Schluß Ihres Mandates durch nützliche Arbeiten bezeichnen, und wenn Sie nach Ihren Departements zurückgekehrt sein werden, verschweigen Sie nicht, daß, wenn wir viele Hindernisse überwinden und viele wichtige Dinge zu Stande gebracht haben, dieses der hingebenden Mitwirkung der großen Staatskörper und der Uebereinstimmung, welche zwischen uns geberrscht hat zu danken sei, daß nichtsdestoweniger noch viel zu thun übrig bleibt, um unsere Institutionen zu vervollkommen, die richtigen Ideen zu verbreiten und das Land zu gewöhnen, auf sich selbst zu zählen. Sagen Sie Ihren Mitbürgern, daß ich unaufhörlich bereit sein werde, Alles anzunehmen, was das Interesse der größeren Mehrheit ist; wenn es Ihnen aber am Herzen liegt, daß be-

gonnene Werk zu erleichtern, die Konflikte zu vermeiden, welche nichts als Unbehaglichkeit erzeugen, die Verfassung zu kräftigen, welche Ihr Werk ist, so mögen Sie in die neuen Kammern Männer senden, wie Sie sind, welche ohne Hintergedanken das jetzige Regime annehmen, welche die ernstlichen Beratungen der Männer, die von der Epoche und wahrhaftem Patriotismus beseelt in ihrer Unabhängigkeit den Gang der Regierung erleuchten und niemals zögern, die Stabilität des Staates und die Größe des Vaterlandes über das Partei-Interesse zu stellen, den unfruchtbaren Kämpfen vorzuziehen."

### Zur deutschen Frage.

Aus Berlin läßt sich der „Botschafter“ von hervorragender Seite, einem Manne, welcher mit dem Ministerium Auerwald in Verbindung stand, Folgendes schreiben: „In den hiesigen Journalen, und, wie ich sehe, auch in Wien wird die Rolle, welche der k. österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Thun, während seines letzten Aufenthaltes in Berlin spielte, in etwas falschem Lichte betrachtet. Vielleicht nicht ganz ohne Schuld Sr. Excellenz, wenn wir auch mit Sicherheit annehmen, daß Graf Thun nicht im Entferntesten beabsichtigt war, sich den Anschein zu geben, als ob er eine bestimmte Mission in Berlin zu erfüllen habe. Doch, wenn ihn Herr v. Bismarck etwas falsch auffaßte, so konnte dieß den Journalen um so leichter geschehen. Graf Thun hat, wie man jetzt hört, nur von seinem eigenen guten Willen und seiner Auffassung der Lage geleitet, mit Herrn v. Bismarck eine Konversation gepflogen. Daß Letzterer die Neigung Oesterreichs, freundschaftliche Beziehungen mit Preußen zu unterhalten so auffaßte, als wollte Oesterreich sich den Forderungen Preußens bequemen und es hätte einfach nur zu Allem ja zu sagen, das führte zu einiger Freundlichkeit in der Form, deren sich Herr v. Bismarck bedient, welche Freundlichkeit aber nicht im geringsten die Präzessionen, die er Oesterreich gegenüber macht, änderte. Es scheint nun, daß Herr v. Bismarck zu seinem Ersannnen erfuhr, Oesterreich verzichte weder auf die beabsichtigte Reform des deutschen Bundestages, noch darauf, die Pflichten gegen seine übrigen deutschen Bundesgenossen zu erfüllen. Sie dürften bald erfahren, daß Herr v. Bismarck wieder Herr v. Bismarck geworden ist, auch der Form nach.“

Diese Zeilen werden durch folgende Note der „General-Korrespondenz“ bestätigt: „Die Anwesenheit des Grafen Thun, k. k. Gesandten am kaiserlich russischen Hofe, in Berlin, ist vielfach besprochen und kommentirt worden. Man hat sogar von einer Mission gesprochen, welche diesem Diplomaten nach Berlin aufgetragen gewesen sei. Wir glauben aber der Wahrheit näher zu kommen, wenn wir annehmen, daß, wenn auch Graf Thun seinen kurzen Berliner Aufenthalt auf der Durchreise nach St. Petersburg dazu benützt haben mag, auf Grund seiner freundschaftlichen Beziehungen zu dem k. preussischen Ministerpräsidenten im Sinne der Verständigung über Fragen, auf deren Entscheidung ganz Deutschland mit gespanntem Interesse wartet, zu wirken, diesen Bemühungen doch keinesfalls durch irgend einen Auftrag Seitens der kaiserlichen Regierung eine bestimmte Anregung gegeben war.“

Die „Schles. Ztg.“ enthält eine sehr interessante Korrespondenz aus Wien, der wir Folgendes entnehmen: „Das Delegirten-Projekt wird seine Rolle wohl binnen Kurzem ausgespielt haben, nicht etwa darum, weil Oesterreich mit seinen Verbündeten den Widerstand Preußens fürchtet, sondern einer ganz anderen Ursache wegen. Es handelt sich nämlich um nichts Oeringeres als um ein deutsches Parlament. Dieses soll an die Stelle des Delegirten-Projekts treten; die darauf Bezug habenden Verhandlungen werden schon seit einiger Zeit zwischen Oesterreich und seinen deutschen Verbündeten gepflogen, und es soll sicherem Vernehmen nach ein Abschluß nahe bevorstehen.“

### Zur ungarischen Frage.

Die „Ungarischen Nachrichten“ bringen einen, gegen den „Wanderer“ gerichteten Artikel, in welchem sie darzutun suchen, daß der Verfassungskstreit nicht durch direkte Reichsrathswahlen, sondern durch eine „landtägliche Transaktion“ zu beenden sei. Der Artikel des offiziellen Blattes ist zu interessant, als daß wir nicht das Wesentlichste daraus mittheilen sollten.

„Die es mit Oesterreich und den liberalen Verfassungszuständen ehrlich meinen, sollten sich hüten, eine Verfassung in den ungarischen Ländern einzuführen zu wollen, gegen die der Landtag aus allen Leibeskräften sich sträubt. Es ist nicht staatsklug gehandelt, einen Landtag sogleich einzuberufen, um denselben zur Wahl der 86 ungarischen Reichsräthe wieder aufzufordern. Was wäre die Folge hiervon? Darüber dürfte wohl Niemand dieß- und jenseits der

Leitha in Zweifel sein. Der ungarische Landtag würde die Wahl der Reichsräthe wieder ablehnen, dann aber müßte man zu den direkten Reichsrathswahlen schreiten.“

Was die Februarverfassung in sich birgt, ist unserer Ansicht nach für Oesterreich entweder segensreich oder verderblich, je nachdem man diese Verfassung eben geltend machen will. Will man die Freiheit und die Reichseinheit derselben in Ungarn trotzten, so wird beides verkümmern, den Dienst versagen, und man wird weiter als je entfernt sein, eine konstitutionelle Reichseinheit in Oesterreich zu erzielen. Und wollen die Feinde des österreichischen Staatsverbandes etwas anderes als dieß? Sie schrecken nicht zurück vor diesen direkten Reichsrathswahlen, sie frohlocken vielmehr, wenn Oesterreich zu diesem gefährlichen Mittel seine Zuflucht nimmt, denn blind für die Gefahren des eigenen Landes sehen sie Oesterreich im Erfolge geschlagen und alle Leidenschaften gegen diesen Staatsverband gekehrt. Das wird dann, so meinen sie, der Februar-Verfassung den Todesstoß geben, und Oesterreich zwingen, den Dualismus von 1848 anzunehmen, will es im absoluten Regime nicht zu Grunde gehen.

In der That verlore jene große gemäßigte und aufgeklärte Partei im Lande, die den Staatsverband aufrichtig will und zu einer Transaktion geneigt ist, sogleich allen Halt und Boden, sobald direkte Reichsrathswahlen angeordnet würden, und man mag dann zusehen, wie und wann die also vernichtete Partei wieder ins Leben und zur Geltung kommen wird.

Wir möchten daher die Februar-Verfassung in anderer Weise eingeführt sehen. Es ist nicht gefehlt zu sagen, daß, so lange Ungarn im Widerstand gegen den Wortlaut dieser Verfassung ist, diese auch in den Erbländen nicht feste Wurzel fassen kann. Doch an dem Tage, wo Ungarns Landtag die gemeinsamen Reichssachen und die gemeinschaftliche Behandlung derselben angenommen haben wird, verlieren ihre Widersacher in den Erbländen alle Kraft der Opposition. Ein so erhabenes Ziel, wie die Freiheit und Einigung aller Länder Oesterreichs, verdient es, daß man Verzicht leiste auf eine buchstäbliche Durchführung der Februarverfassung in Ungarn, kommt nur der Geist derselben in einer anderen entsprechenden Form und Weise in Ungarn zur freiwilligen Geltung und Anerkennung. Doch dieser Geist besteht nicht darin, daß 86 ungarische Reichsräthe in das Gebäude vor dem Schottenthore einziehen, daß der österreichische Reichsrath über den letzten Heller der Einnahmen und Ausgaben Ungarns verfüge, und ohne seine Genehmigung keine Dorfschule in Ungarn errichtet, kein Dorfweg gebaut werde u. s. w., sondern daß Wesen der Februar-Verfassung trachtet darnach, daß eine einheitliche oberste Regierung in Oesterreich sei, wie sie immer bestand und bestehen muß, so lange die Vorsehung den Staatsverband erhält; sie will, daß diese oberste Regierung, im Gegensaße zu dem früheren Regime, eine von den Vertretern der Völker Oesterreichs gestützte konstitutionelle sei, und wer möchte ein solch' erhabenes Ziel nicht wollen?

Sie will, daß die gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches in Händen der einheitlichen Regierung von den Vertretungen der österreichischen Ländergruppen in gemeinsamer Weise berathen und geregelt werden, sie begnügt sich jedoch, wenn Ungarn jene gemeinsamen Angelegenheiten anerkennt, ohne welche kein Staatsverband der Welt bestehen kann; sie beabsichtigt keine Majorisirung Ungarns in der gemeinschaftlichen Verathung, sondern anerkennt seine Gleichstellung ist unser Vaterland nur bereit dem gemeinsam gefaßten Beschlusse sich zu fügen und nicht an jenem freien Willen, der zwischen internationalen Staaten besteht, festzuhalten.

Wir meinen, das sind Zwecke, die dem Endziele der Februarverfassung nicht widerstreiten, Zwecke, die man im Wege einer landtäglichen Transaktion erreichen kann, wenn der günstige Zeitpunkt hiefür gekommen und man zum gegenseitigen Nachgeben bereit sein wird.“

### Korrespondenz.

Wien, 13. Jänner.

-d. Die gestern in später Abendstunde hier bekannt gewordene Thronrede des Kaisers der Franzosen hat den Erwartungen vollkommen entsprochen, welche man bezüglich derselben bezog. Man darf sich in dieser Hinsicht durch die Haltung unserer Börse von heute nicht irre machen lassen. Wenn dieselbe keinen besonderen Aufschwung beurfundet, so hat dieß seinen Grund einerseits darin, daß die friedliche Tendenz der Thronrede schon in diesen Tagen, wie ich Ihnen meldete, eskomptirt wurde, und in Folge dessen heute Realisirungen eintreten, andererseits aber, daß die vom Auslande hier eingetroffenen Kursnotirungen diesem Aufschwunge nicht günstig waren. Einige glauben, diese Kursnotirungen seien durch die Notiz des „Moniteur“ hervorgerufen, daß der König Fer-

dinand von Portugal die Thronkandidatur in Griechenland zurückgewiesen habe. Denn, so argumentiren diese, dadurch ist nicht nur die griechische Frage, respektive deren Lösung, wieder verjagt worden, sondern die ganze Fassung jener Notiz des „Moniteur“ rufe den alten Verdacht wieder wach, daß die griechische Frage das Terrain sein dürfte, auf welchem die beiden Westmächte über Kurz oder Lang sich messen, auf das sie die Frage über die Herrschaft im Mittel-ländischen Meere hinüberspielen dürften. Die Annahme, daß außerordentliche und zwar ungünstige Nachrichten auf der Pariser Börse bekannt geworden seien, welche auf die Kurse dort gedrückt hätten, hat sich wenigstens bisher nicht bestätigt, obwohl diese Bestätigung bereits im Bereiche der Möglichkeit, ja sogar der Wahrscheinlichkeit läge.

In der heutigen dritten Sitzung des niederösterreichischen Landtages theilte der Landesmarschall mit, daß der vom Landtage während der ersten Session gestellte Antrag wegen Unverantwortlichkeit und Unverleglichkeit der Abgeordneten durch das Reichsgesetz von August 1862 entfällt, und der Antrag wegen theilweiser Revision der Landtags-Wahlordnung noch nicht der allerhöchsten Schlußfassung unterzogen wurde.

Dann stellt der Abgeordnete Brestl und zehn Genossen den Dringlichkeitsantrag, 3 Ausschüsse und zwar einen Finanz-, einen Schul- und Unterrichts- und einen Landwirtschafts-Ausschuß zu wählen, deren jeder aus 11 Mitgliedern bestehen soll. Die Ausschüsse wären derart zu bilden, daß die Großgrundbesitzer zwei, die Stadtbezirke zwei, die Landbezirke zwei und jede Abtheilung je ein Mitglied in denselben zu wählen habe. Diese Anträge werden nach längerer Debatte angenommen. Ebenso der Antrag des Abg. Niehl, daß es den Mitgliedern des Landtages freistehen solle, den Beratungen jener Ausschüsse ohne Theilnahme an der Debatte oder Abstimmung beizuwohnen.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderathes wird der Herr Bürgermeister über den Empfang der Deputation bezüglich der Wählerversammlungen von Seite des Herrn Staatsministers Bericht erstatten. Die Journale haben die hierauf bezügliche Antwort Sr. Excellenz bereits mitgetheilt. Derselbe entspricht vollkommen meinen hierüber gegebenen Andeutungen. Wenn ein Blatt dem hinzusetzt, der Herr Staatsminister habe ferner versprochen, die Petition dem Ministerrathe zur Verathung und Beschlußfassung vorlegen zu wollen, so dürfte dieß wohl dahin zu verstehen sein, zur Verathung und Beschlußfassung bezüglich einer dem Reichsrathe in der nächsten Session zu machenden Gesetvorlage.

Se. Majestät der Kaiser haben dem Comité zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Dichter Ludwig Uhland den Betrag von Eintausend Gulden österreichischer Währung zu bewilligen geruht.

Der Herr Bauath Zettel aus dem Staatsministerium wird sich demnächst nach Temberg begeben, um dort Terrainsstudien für den architektonischen Entwurf zu der von Sr. Majestät bewilligten Landes-Ircuanstalt zu machen.

### Oesterreich.

**Triest, 14. Jänner.** Se. Maj. der Kaiser hat zur Unterstützung der Nothleidenden in Istrien abermals einen Betrag von fl. 20.000 aus dem Staats-Schatze bewilligt. Derselbe ist zur Anschaffung von Mais bestimmt, und wird unter die Bezirke und Gemeinden ohne Verpflichtung der Rückerstattung vertheilt.

**Wien, 12. Jänner.** Die Deputation des Gemeinderathes, bestehend aus dem Bürgermeister und den beiden Vizepräsidenten, welche den am letzten Freitag gefaßten Beschluß bezüglich der Wählerversammlung u. effektuiren sollte, wurde heute vom Herrn Staatsminister empfangen.

Die „Const. Vest. Ztg.“ sagt: „Se. Excellenz der Minister erklärte, im konstitutionellen Staate müsse man die Geschlichkeit und das Gesetz vor Allem handhaben. Die Regierung habe gezeigt, daß sie das Vereinsgesetz, wie es besteht, möglichst liberal handhabe. Die Wähler aber bilden keinen Verein; ihre Versammlung sei jetzt auch keine Wahlversammlung, sondern müsse direkt als Volksversammlung behandelt werden, welche aber das Gesetz nicht gestattet.“

Bei der Stimmung in Wien hätte sonst die Regierung nicht die geringste Besorgnis, Versammlungen dafelbst abhalten zu lassen. Uebrigens habe er die Protokolle einiger solcher durch Mißverständnis der Behörden stattgehabten Versammlungen in Böbmen vor sich, wobei in Form von Anträgen Instruktionen, und zwar zur Beeinträchtigung der Militärdienstzeit, der Befreiungstage u. gegeben wurden, was offenbar verfassungswidrig sei.“

### Deutschland.

Am 7. d. M. Vormittag 11 Uhr ist in Dresden die Kommission für Obligationenrecht durch den Ju-

Minister Dr. v. Bebr eröffnet worden. Vertreten waren: Oesterreich durch den Präsidenten Freiherrn v. Raule; Baiern durch den Appellationsgerichts-Direktor Dr. v. Mez aus München; Sachsen durch den geheimen Justizrath Dr. Siebenhaar; Hannover durch den Obergerichts-Direktor Dr. Lüder aus Hannover; Württemberg durch den Oberjustizrath Dr. Kübel aus Stuttgart; Großherzogthum Hessen durch den geh. Rath Dr. Müller aus Darmstadt; Frankfurt durch den Senator Dr. Gwinner. Zum Präsidenten wurde Freiherr v. Raule gewählt.

**Tagesbericht.**

**Laiabach, 15. Jänner.**

Gestern fand eine außerordentliche Sitzung der Handels- und Gewerbekammer Statt. Gegenstand der Berathung war das neue Gebührengesetz.

— Vorigen Montag ward die erste wissenschaftliche Versammlung des neu konstituirten Vereins der Aerzte in Krain abgehalten, zu welcher zwei Vertreter der Aerzte vom Lande erschienen waren.

**Wien, 14. Jänner.**

Dem Comité des Vereinsballes der industriellen Gesellschaften wurde die Auszeichnung zu Theil, am Montag von Sr. Maj. dem Kaiser in einer Privat-Audienz auf das huldvollste empfangen zu werden.

— Dem Justizminister Dr. Hein wurde vorgestern ein kaiserliches Handschreiben übergeben, in welchem er zum geheimen Rathe ernannt wird.

— Ueber Auftrag des k. k. Landesgerichtes hat gestern Morgens in dem Niedlichen Korrespondenzbureau von Seite der Presbehörde eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Den Anlaß hierzu bot eine derselben aus Böhmisches-Weippa zugegangene Korrespondenz, laut welcher sich in Rumburg eine Anzahl Arbeiter in ein Kasino gedrängt haben sollten, wo sich Fabrikanten zu einer Unterhaltung versammelt hatten. Die betreffende Korrespondenz wurde vorgefunden. Wie aus dem Hausdurchsuchungsbefehle hervorgeht, lautet die Anzeige auf Vergehen gegen die §§. 308 und 310 des Strafgesetzes.

— Die Voruntersuchung gegen den Redakteur der Wochenschrift „Ost und West“, Emerich v. Tkalac und die beiden Schriftsteller Jakob Raschelsky und Lorenz Leskovec, ist bereits beendet. Die drei Genannten, welche sich in Haft befinden, wurden wegen eines in der obigen Wochenschrift enthaltenen Artikels: „Die Nationalitäten in Hinsicht auf das Südslaventhum“, unter Anklage des Hochverraths in Untersuchung genommen. Gleichzeitig erscheinen in diesem Strafprozesse der Redakteur Alexander Sandic und der Journalist Julius v. Delviny, letzterer wegen eines Artikels, „Nekrolog“ betitelt, der Störung der öffentlichen Ruhe, und der Buchdrucker Josef Holzwarth wegen Uebertretung der Presbordnung angeklagt. Die Schlussverhandlung dürfte Anfangs kommenden Monats stattfinden, wobei als Verteidiger Dr. v. Villas erscheint.

— In Oberösterreich zirkuliren bereits allenthalben die in Wassen aus Baiern zurückströmenden Silbersechser. Diese Metallmünze ist bekanntlich um 30 pCt. geringhaltiger ausgeprägt, als anderes Silbergeld und hat bei dem derzeitigen Stande des Silberagio's schon längst keinen Agiowert.

— Die „Presse“ meldet: Der neueste Kandidat für den griechischen Thron ist der regierende Herzog Ernst von Coburg.

— Freih. v. Kalchberg hat als Landmarschall-Stellvertreter von Niederösterreich resignirt. An seine Stelle wurde Dr. Zelinka ernannt.

**Aus den Landtagen.**

**Prag, 13. Jänner.** Bei der Landtagswahl für Plan, Tachau, Mies und Sandau wurde der deutsche Kandidat Ritter v. Sreniwitz mit 226 Stimmen gewählt. Freiherr v. Helfert hatte 128 Stimmen. Palacky hat im Landtag den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Revision der Landtagswahlordnung gestellt.

**Zara, 12. Jänner.** (Nachts.) Heute wurde der Landtag unter Betheiligung eines zahlreichen Publikums feierlich eröffnet. Der Gouverneur FML. Freiherr von Mamula hielt eine Ansprache. Hierauf hatte der Landtagspräsident Bericht über die bisherige Wirksamkeit des Landesauschusses und deutete die Gegenstände an, die derselbe dem Landtage vorlegen wird. Er schloß seine Rede mit einem dreimaligen Hoch auf Sr. Majestät, in welches die Versammlung lebhaft einstimmt. Als Regierungsvorlage wurde der Entwurf eines Gemeindegesetzes eingebracht.

**Neueste Nachrichten und Telegramme.**

**Kassel, 13. Jänner.** In der heutigen Ständesitzung interpellirte Wippermann wegen der Minister-

krisis. Samstag habe ein amtliches Blatt die Entlassung Dehn-Korffsers angezeigt, er frage nun, ob die Wiederbesetzung der Ministerien des Aeußern und der Finanzen noch nicht stattgefunden habe. Hierauf erwiderte der Landtagskommissär: Mit den Finanzen sei Schnackenberg beauftragt, über das Auswärtige sei eine Entscheidung noch nicht getroffen. Wippermann beantragt, daß der Verfassungsausschuß die Frage prüfe, was die Ständeverammlung beschloß. Wippermann begründet einen Antrag wegen der Delegirtenversammlung.

**Turin, 13. Jänner.** Das Parlament ist auf den 29. v. M. einberufen. Es heißt, der Marine-Minister Ricci habe seine Demission gegeben.

**Paris, 13. Jänner.** Auszug aus dem Gelb-buche. Bericht des Ministers des Aeußern über die auswärtigen Angelegenheiten. Italien. Das Exposé erinnert an die Bemühungen Frankreichs für die Anerkennung Italiens durch Preußen und Rußland, und sagt: Italien steht in Beziehungen mit vier Großmächten. Wenn die Stellung Oesterreichs eine exzeptionelle bleibt, so haben wir doch vom österreichischen Kabinet fortgesetzte Versicherungen erhalten, welche mit demjenigen, was man von seiner Weisheit und Mäßigung verlangen kann, vollkommen übereinstimmen. Die Regierung des Kaisers weiß, daß die endgiltige Organisation Italiens unmöglich ist, so lange der Antagonismus zwischen dem Papstthum und Italien besteht.

Der Kaiser habe in seinem Briefe die Gefahren geschildert, indem er gleichzeitig die Nothwendigkeit andeutete, dem Zwiste ein Ende zu machen.

Der Kaiser glaubte an Männer appelliren zu sollen, welche den vorhergegangenen Erörterungen fremd, und sich in einer günstigeren Lage befinden, um das Werk der Versöhnung nach den Andeutungen des Briefes vom 28. Mai wieder aufzunehmen. Die Absichten des Kaisers wurden in Italien gewürdigt; verhältnismäßige Ruhe ist auf die Bewegungen gefolgt, während das neue italienische Ministerium anzeigt, es werde seine Sorgfalt dem Innern widmen und sich seinem Programme gemäß, enthaltenen Versprechungen zu machen, welche von Erfolg nicht begleitet sein könnten. Die päpstliche Regierung erkennt die Nothwendigkeit einer Verbesserung, welche wir angerathen haben. Wir haben Grund zu glauben, daß nützliche administrative und judizielle Reformen den unter der Souverainität des Papstes verbliebenen Provinzen werden gewährt werden.

**Paris, 13. Jänner.** In der Deputirtenkammer erwähnt Moriny in seiner Rede der Rede des Kaisers, indem er ihm für dessen Worte dankt, erinnert er an den Austausch des Vertrauens und der Konzessionen zwischen Kammer und Souverain, und schließt mit den Worten: Hoffen wir, daß das Land in seiner Weisheit diese Situation verlängern werde, welche aus der Verfassung ein unangreifbares Werk macht, weil sie vervollkommnungsfähig, und indem sie die graduelle Befestigung der Freiheit begünstigt, auf unvergängliche Weise die Grundpfeiler der kaiserlichen Dynastie befestigt.

„France“ meldet: Man versichert, der russische Gesandte bei der Pforte werde nicht vor einigen Monaten nach Konstantinopel zurückkehren. Man mißt diesen Entschluß den letzten Maßnahmen in Konstantinopel bei.

**New-York, 3. Jänner.** Eine Proklamation Lincolns erklärt die Sklaven der insurgirten Südstaaten für frei. Große Schlacht bei Murfreesbarro in Tennessee. Die Unionisten durchbrachen das Zentrum der Konföderirten und erstürmten deren Schanzen. Die Schlacht begann am 31. wieder und dauerte noch fort.

**Das Archiv der krain. Landschaft.**

(Ein Vortrag, gehalten im histor. Vereine für Krain.)

Von P. v. Radics,

Korrespondirendem Mitgliede.

(Fortsetzung.)

1527 Entschied König Ferdinands, daß Wip-pach hinfüro nicht mehr zu Görz, sondern zu Krain gehören sollte, Wien 181/84.

1527 Entschied und Deklaration König Ferdinands zwischen der Landschaft und denen (Bürgern) von Laibach wegen Abthnung der Mühlwehren, Wien 191/83.

1534 Befehl Kaiser Ferdinands I. an die Herren und Landleute in Krain, Kommunizirung der neuen Salzkammer in Triest, Prag 202/98.

1535 Neuaufgerichtete Landgerichtsordnung Kaiser Ferdinand I. 169/93.

1537 Befehl Kaiser Ferdinand I. an die zu Triest wegen freier Zufuhr des Salzes übers Meer, vidirt vom Laibacher Bischofe und Kapitel 183/81.

1545 Deklaration Kaiser Ferdinands zwischen Florian Scherffen und von Schreier wegen erfessener Gewähr, Wien 192/85.

1550 Urkund Kaiser Ferdinands über die zwischen der Landschaft, dann Bürgermeister, Richter und Rath zu Laibach ergangenen Deklaration und an Herrn Landeshauptmann in Krain erfolgte Verordnung die gefängliche Einziehung der Herren und Landleute, Offiziere und Diener betreffend, Wien sammt angeschlossener Widirung des Landeshauptmanns 184/86.

1551 Ausspruch oder Entschiedbrief Kaiser Ferdinands zwischen den drei Ständen, den Städten und Märkten wegen Injurien und Schmähungen, Wien 185/87.

1564 Affekurationsbrief Erzherzog Karls wegen künftiger Konfirmirung der Landesfreiheiten, Laibach 155/6.

1564 Kaiser Ferdinands I. Konfirmationsbrief der in Krain neuerbesserten Schrammenordnung 170/94.

1565 Erzherzog Karls Konfirmation der in Krain neuerbesserten Schrammenordnung 171/95.

1567 Konfirmationsbrief Erzherzog Karls der Freiheiten in der Mark und Wöttling, Graz 156/22.

1567 Konfirmationsbrief desselben der Freiheiten in 3sterreich und am Karst, Graz 157/25.

1572 Erzherzog Karls Lehenbrief über 3 Stück „Wis-math“ für (Hans) Khisl v. Kaltenbrunn, Laibach 203 (Konfiguation).

1575 desselben Belohnung durch denselben mit der Fischerei in dem dortigen Bache (zu Kaltenbrunn), Graz 204 (Konfiguation).

1593 Kaiser Rudolph II. Handveste oder Bestätigung der Privilegien, Prag 158/8.

1597 Erzherzog Ferdinands Bestätigung der Landesfreiheiten, Graz (als Landhandveste abgedruckt) 159/9.

1621 Kaiser Ferdinands Lehenbrief für Herrn Weixelberg, Graz 205 (Konfiguation).

1625 Generalmandat Johann Ulrichs Fürsten zu Eggenberg, Statthalters (ddo. Graz 14. Juni 1625) wegen Geldwucherei und Geldverzinsung (ohne Nummer).

1628 Lehenbrief Kaiser Ferdinand II. über einen Zehent der 5 Huben in der Kokritz und der 5 Huben in Kaschel in der Pfarre Krainburg an den Mathia Matzoll, Graz 206 (Konfiguation).

1631 Gewalt- und Gehorsambrief Kaiser Ferdinand III. an den Fürsten v. Eggenberg als Erbhuldigungscommissär in Krain, Wien (ohne Nummer).

1631 Kaiser Ferdinand II. Erbhuldigungspatent, Wien (kein Nummer).

1651 Kaiser Ferdinand III. Erbhuldigungspatent, Wien (kein Nummer).

1651 Kaiser Ferdinand IV. Gewalt- und Gehorsambrief zur Erbhuldigung, Wien (kein Nummer).

1660 Kaiser Leopold I. Handveste oder Befestigung der krainerischen Landesfreiheiten, Laibach 160/26.

1724 Karl VI. Tariffa für die ständische Brücke über die Feistritz, in Birkendorf zwischen Krainburg und Radmannsdorf, Wien 193/27.

1724 Karl VI. Tariffa für die Brücke über die Feistritz bei Podpetsch, Wien 128 (Perizhoffen).

1724 Karl VI. Tariffa für die ständische Brücke über den Saustrom bei Podpetsch, Wien 129 (Perizh.)

1728 Kaiser Karl VI. Revers wegen Erlassung des Juraments, Laibach 133 (Perizhoffen).

(Fortsetzung folgt.)

**Programm**

der heute um fünf Uhr Nachm. im Lokale des histor. Vereins für Krain (Schulgebäude, ebener Erde links vom Haupteingange) stattfindenden Monats-Versammlung:

Vorträge:

Herr Oberamtsdirektor Dr. S. Costa: Die Slavenapostel Method und Cyrill in ihren Beziehungen zu Krain.

Ber.-Sekretär A. Dimih: Die Grenzen Krains im J. 1750.

Von der Direktion des hist. Vereins für Krain.

Laibach am 14. Jänner 1863.

**Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach am 14. Jänner 1863.**

Ein Megen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen . . . . .	—	—	5	4
Korn . . . . .	—	—	3	25
Gerste . . . . .	—	—	3	4
Hafer . . . . .	—	—	2	25
Halbfrucht . . . . .	—	—	3	77
Heiden . . . . .	—	—	2	55
Hirse . . . . .	—	—	3	12
Rufuruz . . . . .	—	—	3	43

